Sonnabend, 6. August 1921. Einzelnummer 5 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 135.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. August 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 75.—
in den Ausgabestellen 77.50
durch Zeitungsboten 80.—
durch die Post . . 80.—

Fernsprecher: 4246, 2273. 3110, 3249.



Posener Tageblatt

Anzeigenpreis:
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 15.— M.
im Reklameteil 40.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die Zukunft des deutschen Volkstums

Wir, die Angehörigen der in ihren Grundfesten erschütterten deutschen Volksgemeinschaft, bedürfen neuer Hoffnung: der Hoffnung auf die Zukunft der deutschen Rasse.

Diese Hoffnung, die uns über die schweren Stunden der Gegenwart und der nächsten Zukunft hinweghelfen soll, gründet sich erstlich darauf, daß die von der deutschen Gemeinschaft seit ihrem Bestehen bis jetzt geleistete Kulturarbeit durch keinerlei Schicksalsfügung oder Machtspruch ungültig gemacht werden kann. Je tiefer wir die Weltgeschichte betrachten, desto deutlicher wird der ständige Fortschritt.

Kulturleistungen von wahrhafter Bedeutung sind noch niemals untergegangen. Es ist wohl vorgekommen, daß ein Volk, das eine bestimmte Kultur geschaffen, abgestorben oder erschlafft ist und einem andern Volke sein Kulturwerk zum weiteren Ausbau übergeben hat, wie z. B. die Griechen ihr Werk an die Römer übergaben und dann zur Bedeutungslosigkeit herabsanken. Dergleichen ist aber nur möglich, wenn die Kraft der Rasse innerlich schon gebrochen ist; die deutsche Rasse aber hat das größere Teil noch zu leisten. Alle Rassenforscher dürften sich darin einig sein, daß im Gegensatz zu anderen die deutsche Rasse noch in den Jugendjahren steht, woraus sich auch gewisse Ungeschicklichkeiten erklären, die man ihr gemeinhin zum Vorwurf macht. Die deutsche Rasse ist als zeitlich letztes Glied in das Konzert der europäischen Kulturvölker eingetreten und hat bisher im vergangenen Jahrtausend noch kaum Zeit gehabt, die ihr eigentümliche und als hoch allgemein anerkannte Kulturbegabung voll zur Geltung zu bringen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß dies in den nächsten Jahrhunderten stattfinden wird, und daran kann keine zufällige Wendung der Völkerschicksale etwas ändern.

Zum zweiten aber hat die deutsche Kulturgemeinschaft Hoffnung auf eine zweite Blütezeit. Sie durchlebt gegenwärtig eine Fieberkrise im Zusammenstoß, im Messen der Kräfte mit anderen Kulturgemeinschaften, die sie mit Argumenten der Wucht und des Anpralls, nicht aber der inneren Tiefe und Wahrhaftigkeit zu erdrücken suchen. Der deutsche Geist arbeitet jetzt fieberhaft, um zu all den neuen und fremdartigen Eindrücken der Nachrevolutionszeit Stellung zu nehmen, und das Ergebnis wird unfehlbar sein, daß er sich wieder auf sein eigenes Wesen besinnen und zu neuen Tiefen gelangen wird. Er macht jetzt einen Augenblick der Atempause durch die nur von den Oberflächlichsten mit eintretendem Tode verwechselt werden könnte. Die Mitwelt gleicht jetzt einer Zuschauermenge, die dem Ausgang zueilt, in der Annahme, daß das Drama zu Ende sei, während der lösende Akt erst kommen soll. Wir haben noch nicht ausgesprochen Ueberall in Deutschland gewahren wir heute ein drängendes und gärendes geistiges Leben. Es mag wahrhaftig nicht angenehm sein, in einem solchen Hexenkessel seinen Wohnsitz zu haben, aber in dem Kampf der Meinungen werden neue Wahrheiten in Fülle gefunden werden, welche ohne die heute zu beobachtende geistige Wirrnis verborgen blieben. Das können wir uns schon heute sagen.

Zum dritten können wir der Anerkennung unserer Kulturwerte durch die Mitwelt schon heute sicher sein. Deutsche Kultur wird von jetzt an, wo Deutschland doch alles in allem genommen erst recht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht, mehr als jemals studiert und kennen gelernt werden. Daß seit Friedensschluß deutsche Waren vom Auslande massenhaft aufgekauft werden, ist freilich zunächst materiell ein Nachteil, kann aber der deutschen Industrie insofern zum Vorteil ausschlagen, als dieser Umstand für die Zukunft eine gute Reklame bedeutet. Das Interesse für Deutschland ist nun einmal erwacht, und es wird der Aufmerksamkeit der Fremden, die sich in Deutschland zu bereichern trachten, auf die Dauer auch nicht entgehen, welche Eigenschaften die wahre Ursache der wenigstens früher unbestrittenen Leistungsfähigkeit Deutschlands gewesen sind.

Wenn wir die trüben Gedanken für einige Zeit beiseite lassen und uns an Betrachtungen dieser Art aufzurichten versuchen, so wird dies kaum unser Schade sein. Und auch als staatsfeindlichen Akt wird man es nicht ansehen können, wenn wir uns bemühen, guten Muts zu sein. Wir sind mit so vielen Millionen anderer Volksgenossen zusammen Auslandsdeutsche geworden, deren besondere Aufgabe es ist, die Bewahrung ihrer völkischen Eigenart mit dem Dienste für ihr neues Vaterland auf das engste zu vereinigen. Es ist schon oft genug ausgesprochen worden und bleibt eine ewige Wahrheit, daß der Deutsche dazu ausersehen ist, fremden Staaten zu dienen. In der ältesten Zeit der germanischen Geschichte sehen wir germanische Häuptlinge im Solde römischer Kaiser und als ihre treuesten und tüchtigsten Kämpen Kriegsdienste leisten. Deutsche Söldner haben im Mittelalter für alle Staatsoberhäupter Europas, im 18. Jahrhundert für die Freiheit Amerikas und für England gefochten. Unter fremder Fahne zu dienen ist, wenn es mit Überzeugung und mit Treue geschieht, keine Schande. Und was uns Deutsche in Polen betrifft, so werden wir das Bewußtsein haben dürfen, an großen Kulturaufgaben mitzuarbeiten, an deren Vollbringung teilzuhaben uns dann mit ganz besonderem Stolze erfüllen wird, wenn wir es nun als Angehörige der großen, an keine Staatsgrenzen und an keinen Erdteil gebundenen, sondern auf der ganzen Erde heimischen deutschen Kulturgemeinschaft, deren Name, das hoffen wir mit Zuversicht, bald wieder einen guten Klang gewinnen und für die Dauer behaupten wird. Sch.

Eine litauische Note an den Völkerbund.

Warschau, 5. August. (PAT.) Das Außenministerium teilt eine Note Galwanauskis an den Völkerbundsrat mit, in der dieser im Namen seiner Regierung die Erklärung gibt, daß die litauische Regierung nicht gewillt sei, sich ihrer ihr im Vertrag von Suwalki zugestandenen Rechte zu begeben. Er sagt weiter: „Wenn die litauische Regierung, geleitet von der Absicht, eine Einigung herbeizuführen, damit einverstanden war, daß die Brüsseler Verhandlungen sich auf territorialem, ökonomischem und militärischem Gebiet bewegten, so hat sie sich doch vollkommene Freiheit bei der Ausführung des Abkommens von Suwalki vorbehalten, falls die Verständigung in den genannten Fragen sich zu lange hinziehen würde. Bei den Verhandlungen in Brüssel zeigten die Polen keine Lust zur Verständigung. Als die litauische Delegation den Einleitungsentwurf des Präsidenten als Grundlage zur Diskussion annahm, hat die polnische Regierung seine Annahme von der Stärkegleichheit der Delegationen abhängig gemacht. Diese Bedingung, die sichtlich im Widerspruch zu dem Grundsatz der Verhandlungen beider Parteien steht, war die Ursache des Abbruches der Verhandlungen. Die litauische Delegation stellt mit Bedauern fest, daß die Entschließung des Völkerbundsrates auf die litauische Forderung der Ausführung des Vertrages von Suwalki nicht eingeht. Diese Entschließung sagt, daß die vergewaltigten Rechte wieder hergestellt werden können durch die allmähliche Räumung des Gebietes von den Truppen Zeligowskis und den nicht aus diesem Gebiete stammenden Beamten, durch die Aufrechterhaltung der Ordnung durch eine Bürgerwehr unter dem Schutz einer kontrollierenden Militärkommission. Aus diesem Text geht klar hervor, daß ein Teil der polnischen Truppen Zeligowskis, der an den Umsturzversuchen des Generals teilnahm, in diesem Gebiet verbleibt, wo er ohne Zweifel weiter einen Faktor des Unfriedens darstellen wird. Diese Bürgerwehr wird weiter von der jetzigen Verwaltung des Streitgebietes abhängen, deren Abhängigkeit von der polnischen Regierung stillschweigend durch die Entschließung des Rates geduldet wird. Es ist klar, daß die durch die Entschließung vorgeschlagene Einrichtung, die in gemilderter Form die polnische Herrschaft im Streitgebiet aufrecht erhält, den Beschlüssen des Vertrages von Suwalki widerspricht. Diese Maßnahme kann daher von Litauen nicht angenommen werden. Die litauische Regierung ist auch nicht in der Lage, der Aufforderung des Obersten Rates zur Herabsetzung der Zahl der litauischen Truppen näherzutreten. Sie wünscht ihre Armee zurückzuziehen und zu verringern, aber die Verletzung des von den Polen unterzeichneten Vertrages und die Angriffe des Generals Zeligowski im vorigen Jahr beweisen klar, daß Litauen immer auf der Hut sein muß. Zu den Bedingungen, unter denen die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten, stellt die Regierung fest, daß die erste dieser Bedingungen ein Abkommen vorsieht, das von der Regierung, den Sejms beider Länder und darauf durch den erst zu bildenden Wilnaer Sejm zu unterschreiben ist. Aber die Ratifizierung des polnisch-litauischen Abkommens durch den Wilnaer Sejm erscheint der litauischen Regierung schon jetzt nicht annehmbar. In der Tat könnte sich der Volkswille irgend eines umstrittenen Gebietes, wenn er sich auf dem Wege der Volksabstimmung oder auch durch den Sejm kundtun soll, nach dem internationalen Recht nur für den Anschluß an das eine oder andere der streitenden Länder aussprechen. Es ist gar nicht denkbar, daß dem Sejm eines strittigen Gebietes der Beschluß über ein Abkommen betreffend die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zweier Länder, von denen die Rede ist, überlassen wird. Ebenso undenkbar ist es, daß man das Schicksal eines ähnlichen Abkommens von der Ratifizierung durch diesen Sejm abhängig macht, eines Abkommens, das die ganze gemeinsame Politik zweier Staaten betrifft. Ein solcher Vorschlag hätte um so weniger in einer Entschließung Platz finden dürfen, die die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen zwei Regierungen ansagt und Vertreter ethnographischer Volksgruppen zu diesen Verhandlungen nur zu Informationszwecken zuläßt. Unter diesen Bedingungen habe ich die Ehre, dem Völkerbund mitzuteilen, daß die litauische Regierung keine Möglichkeit sieht, die in der Entschließung des Völkerbundsrates vom 28. Juni enthaltenen Weisungen auszuführen und daß sie mit größtem Nachdruck die Forderung wiederholt, daß das Abkommen von Suwalki sofort und vollständig durchgeführt wird. Die litauische Regierung erklärt gleichzeitig, daß sie bereit ist, von neuem direkte Verhandlungen mit Polen aufzunehmen, um das Recht, das durch Polen verletzt worden ist, herzustellen und um die Verhandlungen in eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens auf die zur Lösung des polnisch-litauischen Streits notwendigen Bedingungen zu bringen. Ich bitte den Herrn Präsidenten usw.
Galwanauskas."

Hymans an Skirmunt.

Warschau, 5. August. (PAT.) Die Presseabteilung des Außenministeriums teilt mit: Hymans sandte an Minister Skirmunt nachstehendes Schreiben: „Völkerbund, Brüssel, den 28. Juli 1921. Herr Minister! Ich habe die Ehre, den Empfang der Note der polnischen Regierung vom 15. Juli als Antwort auf den Beschluß des Völkerbundsrates vom 28. Juni zu bestätigen. Dieses Schreiben enthält die Erklärung, daß vom General Zeligowski die Ausführung der Verordnungen erwartet wird, die nach Ansicht des Rates von der polnischen Regierung selbst abhängt, und einen nicht ganz klaren Vorbehalt der Rechte Polens auf das Wilnaer Gebiet. Unabhängig von diesem Vorbehalt, der mich zwingt, neue Erklärungen von der polnischen Regierung zu erbitten, erlaubt mir die Antwort der litauischen Delegation, die ich soeben erhalten habe und deren Inhalt Ihnen durch das Generalsekretariat mitgeteilt werden wird, nicht, die Verhandlungen unter den vorgesehenen Bedingungen und zu dem vom Rate vorgesehenen Termin wieder aufzunehmen. Außerdem habe ich die Ehre, Sie zu fragen, ob die polnische Regierung zur Entsendung von Delegierten nach Genf geneigt ist, die dort am 25. d. Mts. unter meiner Leitung mit den Delegierten der litauischen Regierung zusammentreten sollen, um zu untersuchen, ob es möglich ist, eine Verständigung zwischen beiden Ländern zu schaffen. Ich würde den mir vom Völkerbundsrat übertragenen Pflichten nicht gerecht werden, wenn ich mich nicht noch einmal bemühte, die Delegationen beider Staaten zusammenzurufen und an ihre Klugheit zu appellieren, um eine Lösung des Konfliktes zu finden. Die Anwesenheit beider Delegationen erscheint mir übrigens zur Vorbereitung des Berichtes notwendig, den ich dem Rat vorlegen soll zur Klärung der Gründe, durch die der Standpunkt beider Regierungen bedingt würde.
Hymans."

Die Ententenote an Deutschland.

Berlin, 5. August. (PAT.) Gestern vormittag erschienen der französische und der englische Botschafter und der italienische Bevollmächtigte bei dem Außenminister und überreichten ihm nachstehende Note die von den drei Regierungen unterzeichnet ist: „Der französische und der englische Botschafter sowie der italienische Bevollmächtigte haben im Namen ihrer Regierungen die Ehre, die deutsche Regierung um die entsprechenden Vorbereitungen zur Erleichterung des Transportes der Verbandstruppen durch Deutschland, deren Absendung nach Oberschlesien jeden Augenblick notwendig werden kann, zu bitten". Zu dieser Note wurde mündlich zugefügt, daß es sich hier nicht um jetzige Truppenentsendungen handelt, sondern um das grundsätzliche Einverständnis Deutschlands, daß es den Transport von Truppen dieser drei Mächte auf spezielle Auffor erung zulassen wird. Der Außenminister erwiderte, daß diese Forderung dem von dem Kabinett eingenommenen Standpunkt entspricht und daß das deutsche Kabinett sich mit dem Verkehrsministerium dieserhalb verständigen wird.

Die Sachverständigenkonferenz.

Paris, 5. August. Die Beratungen des Sachverständigenausschusses über die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien dauern fort. Eine Entscheidung ist bis jetzt noch nicht erzielt worden. Die Differenzen unter den Sachverständigen sind noch sehr groß. Die französischen Sachverständigen haben bereits gestern Vorschläge unterbreitet, die sich von dem Plane des Grafen Sforza nur wenig unterscheiden.

Die Sitzung des Obersten Rates.

Brüssel, 5. August. (Tel.-Un.) Der Korrespondent des Brüsseler „Soir" meldet, daß die bevorstehende Sitzung des Obersten Rates vermutlich aus zwei Perioden bestehen wird. Während der ersten Periode sollen allein die Fragen der Truppenverstärkungen und der Verteilung Oberschlesiens behandelt werden. Lloyd George und Curzon sollen an diesen Besprechungen teilnehmen. Die zweite Periode soll stattfinden, wenn die Haltung der Deutschen und Polen nach der Verteilung Oberschlesiens bekannt ist. Auch alle anderen Punkte der Tagesordnung sollen dann zur Verhandlung kommen. Belgien wird auf der ersten Sitzung nicht vertreten sein, während es später vertreten sein soll. Lloyd George wird sich während der zweiten Periode durch Balfour vertreten lassen.

Paris, 5. August. In politischen Kreisen wird erwartet, daß der Oberste Rat die strittigen Gebiete Oberschlesiens für eine längere Zeitdauer einer internationalen Verwaltung unterstellen wird.

Noch keine endgültige Entscheidung?

Paris, 5. August. Dem „Matin" zufolge soll Briand beabsichtigen, die oberschlesische Frage auf der Ententekonferenz nicht endgültig zur Entscheidung kommen zu lassen. Es sei zweifelhaft, ob die gegenwärtig versammelte Sachverständigenkonferenz ihre Arbeiten rechtzeitig abschließen könne, und infolgedessen werde die Ententekonferenz in der nächsten Woche nur provisorische Beschlüsse fassen können, und zwar ungefähr im Sinne der Lösung, die bereits am Montag ins Auge gefaßt wurde. Diese besteht darin, daß man die unumstrittenen, das heißt die weitaus rein deutschen oder rein polnischen Gebiete teils Deutschland, teils Polen zuweist. Es dadurch nur die bekannte kleine Zone übrig bleiben, über deren Aufteilung dann später Beschluß gefaßt werden müßte. Die bereits getroffene Entscheidung des Obersten Rates würde aber endgültig bleiben.

Endgültige Festsetzung des Sitzungsbeginns.

Berlin, 5. August. (PAT.) Nach Pariser Meldungen beginnt die Sitzung des Obersten Rates am Montag, dem 8. August um 11 Uhr vormittags.

Helgoland verlangt eigene Verwaltung.

Berlin, 5. August. Die 62er Kommission der Insel Helgoland, eine aus den Kreisen der eingeborenen Bevölkerung gewählte Körperschaft, die, neben der Gemeindevertretung arbeitend, den Kampf um die „alten Rechte" der Insel führt, hat eine Denkschrift herausgegeben, in der sie die Gründe für die geforderte Selbständigkeit des „Volkes" von Helgoland niedergelegt hat. Gefordert wird eine eigene Verwaltung, „um in Freiheit die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Insel auswerten zu können". Die augenblickliche wirtsachftliche Lage der Insel wird als wenig hoffnungsvoll geschildert, da die Abtragung der Befestigungen die Insel in einem verwüsteten Zustand zurückläßt. Die Badegäste, die zur Erholung die Insel aufsuchen, ziehen, nach der Darstellung der Denkschrift, wieder von der Insel fort, weil sie dort keine Ruhe finden, so daß die Lage des Bades in kurzer Zeit verzweifelt sein wird. Gerade die einzige Hoffnung ausreichender Daseinssicherung ruht aber nach der Denkschrift in der Möglichkeit, die Insel als Seebadeort in modernster Weise auszugestalten, da Helgoland von seiner primitiven Fischerei, die gegen die Küstenfischerei nicht konkurrenzfähig ist, allein nicht leben könne. Die Denkschrift wendet sich zum Schluß gegen die Vorwürfe des moralischen Hochverrates. Der Gang zu dem englischen Vertragskontrahenten von 1890 und zum Völkerbund sei ein Schritt der Not gewesen.

Aus Sowjetrußland.

Riga, 5. August. (PAT.) Die Sowjetregierung hat Verordnungen erlassen, um den Zug der hungernden Bevölkerung nach Moskau aufzuhalten. Die hungernden Massen sind schon nach Kasan gelangt. Trotzki ist nach Tambow gefahren, wo er als Diktator eine Armee gegen die Flüchtlinge organisieren will.

Riga, 5 August. (PAT.) Das Münzamt in Petersburg hat die Pragung von Silberrubeln begonnen. Die Münze prägt täglich bis 60 000 Rubel.

Räuberunwesen in Rußland.

Kopenhagen 5. August. „Politiken" meldet aus Riga: Zahlreiche Räuberbanden treiben in Rußland ihr Unwesen. Die „Prawda" schreibt: Das Leben auf dem Lande ist durch die Räuberbanden unerträglich geworden. Die Räuber schlagen die ihnen entgegentretenden Sowjetbeamten tot und plündern die Bauern bis aufs Hemd aus.

Unruhen in China.

Paris 5. August. Nach einer Meldung der „Morningpost" sind aufrührerische Truppen im Anmarsch auf Peking. Über die Stadt ist der Kriegszustand verhängt. Die revolutionäre Bewegung greift in ganz Nordchina um sich. Ihr Ziel ist der Sturz der gegenwärtigen Regierung.

Reichskanzler Wirth über die Lage.

Bremen, 5. August. (Tel.-U.) In einer von etwa 5000 Menschen besuchten öffentlichen Versammlung, die von der Handelskammer Bremen einberufen war, sprach der Reichskanzler über die wirtschaftliche und politische Lage. In kurzen Begrüßungsworten drückte der Vizepräses der Handelskammer Nebelthau die Freude darüber aus, den süddeutschen Landsmann und höchsten Beamten des Reiches in Bremen zu sehen, der durch sein Erscheinen das Interesse für die alte Hansastadt am Weserstrom und damit sein Interesse für die kommerzielle Wertstellung Deutschlands bekunde. Die Stunde sei überaus ernst, weil der Gegner versuche, das deutsche Streben durch Arbeit und Pflichterfüllung wieder emporzukommen neuerlich zu vereiteln. Bremens Bürgerschaft sei bereit, sich um die Reichregierung zu scharen und mit ihr in die Welt hinauszurufen: Das deutsche Volk will sein gutes Recht, nichts mehr!

Hierauf ergriff der Reichskanzler das Wort zu folgenden Ausführungen: „Ich will keine Rede der Resignation, sondern der Ermunterung halten. Die Losung heißt: „**Durch Arbeit zur Freiheit.**“ Es handelt sich nicht um vergangene Illusionen der Macht, sondern um die Überzeugung, daß der Kern der Weltgeschichte ein moralischer ist. Bremen muß der Ausgangspunkt auch für die **Gesundung des Welthandels** sein. Dieses Wiederaufblühen ist nur möglich unter dem Gedanken des **Rechtes**, nicht unter dem Gedanken der Macht. Wohin der Machtgedanke führt, zeigt das traurige Schauspiel Oberschlesiens. Jede Stimme des Rechts begrüßen wir mit Dank, ob sie von jenseits des Ozeans oder von jenseits des Kanals zu uns herüberkommt. Mit Dankbarkeit hören wir das aus dem Munde fremder Staatsmänner, daß der Gedanke von Glück und Wohlfahrt der Völker wieder einmal öffentlich zum Ausdruck kommt. Es ist eine Sabotage des großen demokratischen Ideals der Welt, wenn nicht das Recht, sondern die Diktatur Korfantys in Oberschlesien zur Geltung kommt. Alle Mächte moralischer Natur rufen mit eherner Stimme in die Welt hinaus: „Achtet den Gedanken der Selbstbestimmung der Völker, der Demokratie und der Freiheit, wenn Ihr das unglückliche Europa nicht endgültig dem Untergange weihen wollt!“ Sieben Jahre sind dahin gegangen seit der Unglücksstunde jenes ersten Ultimatums. Soll das neue Ultimatum neue Zerstörungen über Europa bringen? Europa kann nicht noch einmal durch neuen Wirrwar hindurchgeführt werden. Todesschatten lagern über den Kontinent, der der Bringer des Lichtes und der Freiheit für die ganze Welt sein müßte. Leider regieren in **Warschau politische Leidenschaft und grenzenloser Hochmut**, der die Welt nicht zur Ruhe kommen lassen will. Bremen war einer der Orte, von denen die deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Länder des Ostens getragen wurden. Deutsche Kultur, deutsche Zivilisation und deutsche soziale Wohlfahrtseinrichtungen stehen in Oberschlesien auf dem Spiele. Oberschlesien hat unter der deutschen demokratischen Freiheit andere Tage gehabt als unter der Herrschaft polnischer Nationalisten. Bremens Arbeiterschaft und Kaufmannschaft müssen mit der Reichsregierung zusammenstehen in der Verteidigung der großen und einheitlichen Richtlinien der Reichspolitik, die geleitet wird von dem Gedanken der Erfüllung unserer Verpflichtungen gegen das Ausland, geleitet von den großen Gedanken der Arbeit, des Rechtes und der sozialen Wohlfahrt. Das Vertrauen Deutschlands, daß mit ihm ein faires Spiel getrieben wird, das Vertrauen in die europäische Solidarität und das gemeinsame Interesse aller Völker an der Freiheit und der Demokratie darf nicht enttäuscht werden.“

Wirths Persönlichkeit.

Der Berliner Korrespondent der Wiener „Neuen Freien Presse“ entwirft in den Spalten dieses Blattes ein liebevoll gezeichnetes Bild des jetzigen deutschen Reichskanzlers. Wir entnehmen dieser Charakteristik folgende Stellen:

„Gleich seinem Vorgänger Fehrenbach — von dem er sich unterscheidet, wie eben ein Vierziger sich von einem Siebziger, wie eine tatkräftige Natur sich von einer bedächtigen unterscheidet — ist Dr. Wirth Badenser, er hat seinen Wohnsitz in derselben Stadt, in Freiburg. Gleich Fehrenbach ist er ein echter Demokrat in seinen Anschauungen, in der Schlichtheit seines Auftretens und seinen Lebensgewohnheiten; gleich Fehrenbach ist er ein echter Süddeutscher — sein Wesen ist auf jenen wärmeren Ton gestimmt, durch den die Menschen südlich des Mains sich von denen nördlicherer Gegenden nun einmal unterscheiden — und als Sohn eines Landes, in dem ein guter Wein wächst, liebt er ein heiteres Gespräch mit Freunden, das durch einen Tropfen von einwandfreier Herkunft (am liebsten Pfälzer) gewürzt ist.

Im Umgang ist Dr. Wirth von gewinnenden Formen; er ist unter den Reichstagsabgeordneten einer der liebenswürdigsten, und seine Liebenswürdigkeit ist nicht äußere Glätte, sondern man merkt ihr die Güte an, aus der sie hervorgeht. Wenn er auf der Tribüne steht, so ist er ein sehr gewandter Redner, der in gerundeter Form spricht und dem man sogar mit Interesse zuhörte, wenn er als Finanzminister die Ziffern des Budgets auseinandersetzte. Er meistert nicht nur die parlamentarische Beredsamkeit, sondern vermag auch die starken Register der agitatorischen zu ziehen und auf die Massen zu wirken. (Seine Gegner nennen ihn deshalb einen Demagogen.) Dieser Kraft ist er sich bewußt und neigt dazu, sie auszuüben, tritt gern vor großen Volksversammlungen als Redner auf. Seit er Reichskanzler ist, hat er zwei solcher Volksreden gehalten, in Essen und in Breslau. Beide Reden haben ihm gewaltige Erfolge an Ort und Stelle gebracht und haben einen Nachklang im ganzen Reiche gehabt. In Essen hat er dem heutigen Deutschland das schöne Losungswort gegeben: „**Durch Arbeit zur Freiheit!**“ Auch sonst hat er in beiden Reden viel Kluges und Vernünftiges vorgebracht; vor allem aber ging Wärme von ihnen aus. Dr. Wirth sagt selbst: „Wenn man zu einer großen Menge spricht, muß man sich zuerst ans Gemüt wenden; dann bringt man ihr das übrige leichter bei.“ Es ist eine der besten unter den rednerischen Gaben des Reichskanzlers, daß er die Fähigkeit besitzt, zum Gemüt zu sprechen.

Dr. Wirth ist von Beruf Mathematiker. Er hat eine Doktorarbeit gemacht mit einem Titel, in dem das Wort „Substitutionen“ vorkommt und der so gelehrt ist, daß außer einem Mathematiker ihn kein Mensch verstehen kann. Dr. Wirth liebt sein Fach und ist stolz auf seinen mathematischen Kopf. Ein Ausspruch von ihm: „Der Wald — die Sterne — der menschliche Verstand, der es vermag, nur durch die Kraft seiner Logik eine ganze Wissenschaft aufzubauen — das sind drei Wunder der Schöpfung.“ Der Reichskanzler wäre in jungen Jahren gern Privatdozent der Mathematik geworden; aber die Notwendigkeiten des Lebens brachten es mit sich, daß er den Lehrerberuf ergreifen mußte. Eine Reihe von Jahren hat er am Realgymnasium in Freiburg als Mathematikprofessor gewirkt, und Freiburger wissen zu berichten, wie beliebt der Professor Wirth bei seinen Schülern gewesen ist.

In jungen Jahren schon interessierte er sich für die christliche Gewerkschaftsbewegung und nahm bald aktiv daran teil. So wurde der Mathematiker zum Politiker. Er gehört als gläubiger Katholik der Zentrumspartei an und stand als Demokrat und Sozialpolitiker von Anfang an auf deren linkem Flügel. „Es bleibt eine leise Beschämung,“ schrieb kürzlich ein sozialistischer Schriftsteller, „daß es just die klerikale Zentrumspartei ist, der Deutschland diesen wahrhaft demokratischen Reichskanzler verdankt.“

Dr. Wirth wurde Stadtverordneter in Freiburg, einige Jahre später Abgeordneter im badischen Landtag. Während einer Reichstagswahlkampagne kurz vor dem Kriege sollte er — als wirksamer Redner war er bereits bekannt — in einer Wahlversammlung für den Kandidaten des Zentrums sprechen. Als er im Versammlungslokal eintraf, beriet in einem Nebenzimmer des Saales, der bereits von der Zuhörermenge gefüllt war, der Vorstand der Zentrumspartei in schweren Nöten. Eben hatte der Kandidat die Nachricht gesandt, daß er zurücktreten müsse. Eine Viertelstunde höchstens konnte man noch verstreichen lassen, bis man die Versammlung eröffnete, die Menge wurde bereits ungeduldig — in dieser Viertelstunde mußte ein neuer Kandidat gefunden werden. Als Dr. Wirth ankam, wurde er mit der Nachricht empfangen, daß man beschlossen habe, ihn als Reichstagskandidaten aufzustellen. Dr. Wirth wollte Einwände vorbringen, aber kein Widerspruch wurde geduldet. „In einer Viertelstunde werden Sie Ihre Kandidatenrede halten!“ Und obwohl er nicht im mindesten darauf vorbereitet war, hielt er tatsächlich seine Kandidatenrede. Es war ihm — so erzählt er — allerdings etwas schwül zumute, als er durch den Saal hindurch zur Rednerbühne geführt wurde. Jemand flüsterte ihm noch rasch zu: „Sprechen Sie von der Landwirtschaft!“ Dann stand er oben und sah es ganz rot unter sich im Saale — ganz rot von den roten Westen, die zur Tracht der Bauern des Schwarzwaldes gehören. Und er sprach von der Landwirtschaft — sprach davon so vortrefflich, daß die Bauern sich sagten: „Das ist unser Mann!“ Er wurde mit großer Mehrheit gewählt und eroberte dem Zentrum einen Wahlkreis, der bisher zum unantastbaren Besitzstande der nationalliberalen Partei gehört hatte.

Es scheint ein Gesetz im Leben dieses Mannes zu sein, daß er immer wieder vor Situationen gestellt wird, die raschen Entschluß und energisches Handeln erfordern. Der Krieg war verloren, auch in Baden war die Revolution ausgebrochen. Wirth kam aus Berlin zurück und telephonierte schon von unterwegs nach Karlsruhe an den Präsidenten des badischen Landtages: „Was geht in Baden vor?“ Die Antwort kam zurück: „Das müssen Sie doch am besten wissen, Sie sind ja badischer Finanzminister.“ Auf diese Weise erfuhr Wirth, daß am Tage vorher eine Verordnung des badischen Staatspräsidenten erschienen war, die ihn zum Finanzminister ernannte. In Karlsruhe traf er abends den Staatspräsidenten auf der Straße. Einige Häuser weiter tagte der Soldatenrat; er wollte alle Macht an sich reißen und neben sich keine Regierung dulden. Wirth und der Staatspräsident gingen kurz entschlossen in den Soldatenrat. Beide sprachen eindringlich zu den jungen Leuten in Uniform, die sie dort fanden — viele Stunden lang, die ganze Nacht hindurch. Ein schweres Ringen — aber es gelang schließlich, den Soldatenrat zur Vernunft zu bringen. Wirth verlangte sofortige eingehende Beratung aller auf die Demobilisierung bezüglichen Maßnahmen, um zu verhindern, daß die nach Baden zurückflutenden Teile der Armee sich in Haufen von Marodeuren auflösten. Nach Schluß der Beratung stellte er Kalbsbraten und Wein in Aussicht. Ein Finanzminister, der zu essen und zu trinken gibt — das entwaffnete die revolutionären Energien, und so verschaffte Dr. Wirth der verfassungsmäßigen Regierung in Baden das Übergewicht über den Soldatenrat.

Wieder war es eine hochgespannte Situation, als am Morgen des Tages, mit dessen Schluß die zur Annahme des Londoner Ultimatums gestellte Frist ablief, es noch immer nicht gelungen war, in Deutschland eine Regierung zu bilden. Am Vormittag wurden abermals mehrere Kombinationen versucht, doch sie scheiterten alle. Da schlug Reichspräsident Ebert — er hat es neulich selbst im Freundeskreise erzählt — den Dr. Wirth als Reichskanzler vor — schlug ihn namentlich deshalb vor, weil er „seine energische Art, an die Dinge heranzugehen,“ kannte. Selbst das Zentrum, Wirths eigene Partei, äußerte Bedenken: einen so jungen Mann könne man doch nicht zum Reichskanzler machen. Ebert bestand auf Wirth und setzte ihn durch. Und wieder mußte Wirth, ohne daß ihm Zeit zum Nachdenken gelassen wurde, einen kühnen Entschluß fassen, mußte sich darüber entscheiden, ob er die ungeheure Aufgabe übernehmen wollte, an die Erfüllung des Ultimatums heranzugehen. Auch diesmal war er rasch mit sich einig. Vormittags hatte er noch nichts davon gewußt, nachmittags war er Reichskanzler.

Dr. Wirth war, wie bekannt, Finanzminister im Kabinett Fehrenbach. Als solcher hatte er, sogar im Kabinett selbst, eine starke Opposition gegen sich. Namentlich die Parteien der Rechten warfen ihm vor, daß er eine viel zu radikale und eine demagogische Steuerpolitik mache. In einem Teile des Reichstages war man daher mit Besorgnis erfüllt, als er selbst die Leitung der Regierung übernahm, einer Regierung noch dazu, deren Hauptaufgabe eine neue Steuergesetzgebung sein wird. Bisher hat sich diese Besorgnis nicht als begründet erwiesen, im Gegenteil, Wirth arbeitet der radikalen Steuerpolitik seines sozialistischen Wirtschaftsministers Schmidt entgegen und sucht in der Lösung der Steuerfragen eine mittlere Linie einzuhalten. Ferner hat es sich gezeigt, wie sehr Dr. Wirth im Recht war, als er im Kabinett Fehrenbach vor der Londoner Konferenz die Ansicht vertrat, daß für Deutschland nichts anderes übrig bleibe, als den Forderungen der Entente bis zur äußersten Grenze entgegenzukommen. Mit den Gegenvorschlägen, die Dr. Wirth ausgearbeitet hatte, wäre vielleicht in London ein besseres Resultat erzielt worden als mit denjenigen, die Dr. Simons auf die Konferenz mitbrachte.

Immerhin, als Finanzminister mag Dr. Wirth streitig sein, als Reichskanzler hat er sich bereits in der kurzen Zeit seiner Amtsführung durchaus bewährt. Er ist der erste Reichskanzler, dem es gelungen ist, eine für die deutsche Regierung etwas freundlichere Stimmung im ehemals feindlichen Auslande zu schaffen. Sogar Briand hat ein paar Worte der Sympathie für ihn gefunden. Im Innern hat er sich durch seine unzweideutig demokratische Politik — „Ich gehe nach links und lasse mich nicht davon abbringen,“ hat er kürzlich einmal während eines Gespräches im Reichstage geäußert — die Sympathien aller derer erworben, die demokratisch denken. Er scheint aber auch ein Taktiker zu sein, scheint jenes Geschick in der Behandlung von Menschen und Parteien zu haben, das unter dem parlamentarischen Regime eine der wesentlichen Eigenschaften des leitenden Staatsmannes ist. Sein Meisterstück auf diesem Gebiet wird er freilich erst zu leisten haben, wenn er im Herbst vor der Aufgabe stehen wird, sich eine Mehrheit für seine Steuervorlagen zu schaffen.“

Die polnische Presse über Wirths Rede.

Der „Kurjer Poznański“ schreibt in seiner Nr. 177 nach Anführung einiger Stellen aus der Bremer Rede des deutschen Reichskanzlers: „Diese Probe mag genügen, um die geradezu unerhörte Verkehrtheit, zynische Perfidie und völlige Entstellung der Tatsachen in der Rede des Herrn Wirth zu kennzeichnen. Die alte deutsche Melodie, die wir während des Krieges tausendmal gehört haben, kehrt von neuem wieder: Die Deutschen und nur die Deutschen haben das Recht für sich, sie sind die Geschädigten, sie sind die Opfer der Böswilligkeit der anderen, und die anderen sind gewissenlose Diebe und brutale Räuber. Dieser große deutsche Betrug, mit dem die kaiserliche Regierung während des Krieges operierte und dem die deutschen Männer der Wissenschaft zu ihrer eigenen Schande beifällig zustimmten, ist jetzt in dem republikanischen Deutschland von neuem aufgelebt als ein Mittel **des Kampfes gegen Polen und seine gerechten Ansprüche auf Oberschlesien.** Mit **Lügen und Verleumdungen** will der **Reichskanzler Wirth** Polen in den Augen der Welt herabsetzen, uns als unehrliche Entwender fremden Gutes hinstellen. Wird die Welt sich von diesem Betrug betören lassen, wie sie sich in starkem Maße während des Krieges betören ließ, bis der Sieg der Westmächte diesem Nebel der Lüge und Fälschung, mit dem die deutsche Politik sich umgab, zerriß? Wenn Polen schweigen wird, wird die listige Suggestion der Deutschen und ihre Entstellung der Wahrheit auf unsere Kosten Erfolg haben. Was macht unsere Regierung, was macht Witos? Es ist jetzt nicht Zeit, in Wierzchosławice zu sitzen. Es ist jetzt nicht Zeit, von einer Parteiversammlung zur anderen zu fahren und mit Unifikationsversuchen die Gemüter zu beunruhigen. Seit Wochen schweigt die polnische Regierung über Oberschlesien. Denn die kurze Erklärung des Ministerpräsidenten im Sejm kann nicht als ausreichender Ausdruck unseres Standpunktes angesehen werden. Hat der Herr Ministerpräsident und haben seine Minister keine Zeit, sich mit der oberschlesischen Frage zu beschäftigen? **Fort mit der tödlichen Passivität!** Jetzt, in der zwölften Stunde vor der Entscheidung **muß die Regierung sprechen.** Sie muß offen vor der ganzen Welt die **Verleumdungen des Reichskanzlers Wirth zurückweisen.** Der deutsche Betrug muß demaskiert werden. Das ist die Pflicht der Regierung, und wer diese Pflicht nicht erfüllt, begeht Hochverrat an der Republik und gehört vor das Gericht.“

Ausstände.

Aerztestreik in Wien.

Wien, 5. August. Die Ärzte und das Pflegepersonal sämtlicher Krankenanstalten in Wien und ganz Niederösterreich traten in den Ausstand, weil sich zwischen den Landesbeamten und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der staatlichen Besoldungsordnung auf die Landesbeamten ergeben haben.

Aerztestreik in einer Irrenanstalt.

Warschau, 5. August. (PAT.) In der Irrenanstalt in Tworki ist ein Streik auf wirtschaftlicher Grundlage ausgebrochen. Außer den Ärzten und den Schwestern hat das gesamte Personal, 200 Personen, die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden werden von der Polizei, Soldaten und Sanitätern vertreten.

Ausstände polnischer Eisenbahnarbeiter.

Warschau, 5. August. (PAT.) In der Tagung der Eisenbahner meldete der Delegierte Grochólski, daß die Eisenbahnwerkstättenarbeiter in Chełmno und in den ehemaligen Wiener Werkstätten in den Streik getreten sind. Es wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, an das Eisenbahnministerium ein Schreiben zu richten mit der Forderung, jetzt eine einmalige monatliche Zulage zu bewilligen. Der Antrag wurde der Wirtschaftskommission überwiesen.

Politische Tagesneuigkeiten.

Muley Hafid, Sultan von Marokko, der im Jahre 1915 gegen Frankreich revoltierte und nach Spanien flüchtete, hat sich jetzt der französischen Regierung unterworfen. Er übergab dem französischen Botschafter in Madrid ein Schreiben, das seine bedingungslose Unterwerfung ausspricht.

Der Generalstreik in Danzig.

Danzig, 5. August. Der für gestern angekündigte Generalstreik gelang nur zum Teil. Die elektrische Straßenbahn verkehrte unter dem Schutz von Maschinengewehren. Für die öffentliche Sicherheit sorgten starke Polizeiabteilungen, die ebenfalls mit Maschinengewehren ausgerüstet waren. Besonders sorgfältig wurde das Senatsgebäude bewacht. Am Nachmittag versammelten sich auf dem Platz vor diesem Gebäude große Arbeitermassen.

Danzig, 5. August. (PAT.) Es streiken die Hafenarbeiter, die Arbeiter der staatlichen Betriebe und vieler privaten Betriebe, die Elektrizitäts- und Gasanstaltsarbeiter und die Arbeiter des Wasserwerks. Elektrizitätswerk, Gasanstalt und Wasserwerke werden von der Technischen Nothilfe in Betrieb erhalten. Die Zeitungen sind nicht erschienen.

Sturm in Danziger Volkstag.

Danzig, 5. August. (PAT.) Während der gestrigen Sitzung war der Danziger Volkstag der Schauplatz noch nicht dagewesener **Lärmszenen**. Alle Zugänge zum Parlamentsgebäude waren durch **Drahtverhaue** versperrt und wurden von starken Abteilungen der **Sicherheitswehr** bewacht, die feldmarschmäßig ausgerüstet und mit Handgranaten bewaffnet waren. Auch innerhalb des Gebäudes befand sich während der ganzen Sitzung eine starke Abteilung der Sicherheitswehr mit **Handgranaten** und **Maschinengewehren**. Ihr Erscheinen im Innern des Parlamentsgebäudes rief in einem Teil der Abgeordneten starke Erregung hervor.

Nach Eröffnung der Sitzung sprachen zunächst der Führer der Unabhängigen **Mau**, der Vorsitzende der polnischen Fraktion **Panecki** und der Führer der Kommunisten **Rahn**. Sie erklärten, daß sie sich an den Verhandlungen nicht beteiligen würden, so lange sich Truppen im Parlamentsgebäude befänden.

Ein deutschnationaler Redner wies darauf hin, daß der gegenwärtige Streik ausschließlich politischen Charakter habe. Seine Worte riefen auf der Linken großen Lärm hervor. Zurufe und Beschimpfungen machten es dem Redner unmöglich, weiterzusprechen. Die Sitzung wurde unterbrochen.

Auf Veranlassung des Senators **Schimmer** betrat die **Sicherheitswehr** den Saal und stellte sich vor der Rednertribüne und dem Platz des Präsidenten auf. Der kommunistische Abgeordnete **Schmidt** wurde **verhaftet**, ebenso der Führer der Kommunisten, **Rahn**.

Der Führer der polnischen Fraktion, Dr. **Panecki**, verlangte vom Senator Schimmer die sofortige Freilassung der beiden verhafteten Abgeordneten. Dem Antrage wurde nicht stattgegeben. Die Verhafteten wurden abgeführt. Nach kurzer Unterredung des Vizepräsidenten mit dem Führer der Sicherheitswehr verließ diese den Saal.

Nach halbstündiger Unterbrechung wurde die Sitzung wieder eröffnet. Senator **Schimmer** begründete die Verhaftung der Abgeordneten Schmidt und Rahn mit dem Artikel des Strafgesetzbuchs, der eine Zuchthausstrafe von fünf Jahren vorsieht für Verhinderung eines Abgeordneten an der Ausführung seiner parlamentarischen Pflichten. Er erklärte, die Abgeordneten Schmidt und Rahn hätten es dem deutschnationalen Abgeordneten unmöglich gemacht, von der Tribüne des Volkstages aus zu sprechen. Dieser Erklärung folgten **neue Lärmszenen**. Die Sitzung wurde von neuem **unterbrochen**.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung versuchte Senatspräsident **Sahm** eine Regierungserklärung abzugeben. Fortdauernder Lärm machte auch das unmöglich. Die Sitzung wurde **abgebrochen** und auf Freitag **vertagt**.

Die deutschnationalen Abgeordneten erklären, daß sowohl der Streik als auch das ganze Unternehmen der Sozialisten von den Polen hervorgerufen worden seien.

Ein Aufruf des Senats.

Danzig, 5. August. Der Senat der Freien Stadt Danzig erließ einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es unter Hinweis darauf, daß die sozialistischen Parteien Danzigs ihr Vorgehen mit der Getreidewirtschaft der Danziger Regierung begründen, unter anderem heißt:

„Die Bevölkerung Danzigs muß sich im klaren sein, die **Erhöhung der Getreidepreise** ist **nur ein Vorwand**, um die Arbeiterschaft aus ihren Betrieben herauszulocken und auf die Straße zu bringen. Die Ziele, die sich die Führer gesteckt haben, liegen weiter. Die maßlosen Verhetzungen und unglaublichen Anwürfe, Drohungen, die von der „Arbeiterzeitung“ gegen alles Bestehende ausgestoßen werden, zeigen, wohin der Weg gehen soll. Von einer friedlichen Demonstration bis zu wilden Tumulten, wie sie der unglückliche 29. Juli des Vorjahres gezeigt, ist nur ein kleiner Schritt. Die **Sicherheit des Staates**, die zu wahren höchste Aufgabe der Regierung ist, erfordert es, die **Demonstration nicht zuzulassen**. Als Antwort auf das Verbot der Demonstration rufen nun die drei sozialistischen Parteien zum **Generalstreik** auf. Alle nicht im Rahmen der Freien Gewerkschaften organisierten Angestellten und Arbeiterverbände haben die **Beteiligung am Generalstreik abgelehnt**. Der Senat richtet an die Bevölkerung den eindringlichen Appell: **meidet die Straße!** Die Sicherheitsorgane sind angewiesen, innerhalb der Stadt und insbesondere innerhalb des Bannkreises um den Volkstag **keinerlei Ansammlungen** zu dulden.“

Republik Polen.

† **Die Senatswahlen.** Die Regierung hat den Entwurf der Wahlordnung für den Senat schon vorbereitet. Der Entwurf enthält 15 Artikel. Von den Beschlüssen des Entwurfes verdienen nachstehende eingehende Beachtung: Das passive Wahlrecht zum Senat besitzen alle Bürger, die das aktive Wahlrecht haben, einschließlich der Militärdienstpflichtigen, die am Tage der Wahl-

veröffentlichung das 40. Lebensjahr beendet haben. Im ganzen sollen 90 Senatoren gewählt werden. Jede Wojewodschaft für sich stellt einen Wahlbezirk dar; die Hauptstadt Warschau ist ein besonderer Wahlbezirk, ein Mandat soll der schlesischen Wojewodschaft vorbehalten bleiben, wenn diese vor den Wahlen noch nicht besteht. Die Zahl der Senatoren in jedem Wahlbezirk entspricht der Einwohnerzahl.

† Sejmmarschall Trzmpczyński reiste zur Erholung auf zwei Wochen nach Pommerellen und Großpolen.

Deutsches Reich.

** **Ein weiterer Kredit von 50 Millionen Goldmark.** Die Reichsbank teilt mit, daß sie sich durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn u. Cie., Amsterdam, einen ferneren Kredit von 50 Millionen Goldmark beschafft hat. Die Gesamtsumme der durch Mendelssohn u. Cie. beschafften Kredite erhöht sich dadurch mit auf 250 Millionen Goldmark.

** **Die Erdrosselung der deutschen Luftfahrt.** In Ausführung des angenommenen Ultimatums werden jetzt durch die Organe der Reichsregierung sämtliche modernen noch Friedensschluß gebauten Verkehrs-Flugzeuge beschlagnahmt.

** **Hamburger Flaggenkundgebung.** Unter Beteiligung des weitaus größten Teiles der Hamburger Bevölkerung fand am Sonnabend auf der Alster der Flaggenkorso für die schwarz-weiß-rote Handelsflagge statt. Über fünftausend Wasserfahrzeuge aller Art — Dampfer, Kanus, Ruderboote — nahmen, festlich geschmückt, an dieser gewaltigen Kundgebung teil.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 5. August.

Erklärung zum Straßenbahnerstreik.

Gegenüber den Nachrichten in verschiedenen Posener Zeitungen und den unter den Bürgern Posens kreisenden Ansichten über die Ursachen des Straßenbahnerstreiks fühlt sich der „Okręgowy Związek Pracodawców" (Bezirks-Arbeitgeberverband) verpfichtet, dem Publikum eine besondere Erklärung zu geben:

„In den Straßenbahn-Werkstätten, die zur Gruppe der Metallarbeiter beim „Okręgowy Związek Pracodawców" gehören, ist für alle Arbeiter der Lohn nach dem Tarif der Metallarbeiter festgesetzt worden. In letzter Zeit sind von seiten des Fahrpersonals Anträge gemacht worden, die Straßenbahner, d. i. die Wagenführer und Schaffner, außerhalb des Tarifs der Metallarbeiter zu stellen und ihre Löhne nach eigenen Sätzen zu regeln. Bisher stand der Wagenführer auf der Stufe des gelernten Arbeiters im Metallgewerbe, und dies ist sehr verständlich, wenn man bedenkt, daß der Wagenführer ein gewöhnlicher Arbeiter ist, der durch einen sog. 14tägigen Kursus die Qualifikation des Wagenführers erlangt. Mit Rücksicht auf die Erhaltung der Eintracht zwischen den Angestellten der Straßenbahn ist es der Direktion der Straßenbahn nicht möglich, eine bestimmte Kategorie von Arbeitern aus der Gesamtheit herauszuheben, und dies um so weniger, als bis jetzt ein Tarif für alle festgesetzt war, dem niemals jemand widersprochen hat.

Der vorletzte Lohnstreit des Fahrpersonals, der seiner Zeit auf Grund derselben Forderungen wie die jetzigen stattgefunden hat, ist durch den Schlichtungsausschuß so beigelegt worden, daß dieser erklärte, die Straßenbahner unterliegen dem Tarif der Metallarbeiter. Der letzte Streik jedoch, mit dem sich der Schlichtungsausschuß am 22. Juli beschäftigt hat, wurde nicht endgültig beigelegt, weil der Schiedsspruch dieser Kommission insofern nicht ganz gerecht war, als dadurch das Fahrpersonal außerhalb des Tarifs der Metallarbeiter gestellt und die Regelung der Löhne der Straßenbahner für die Zukunft von diesem Tarif unabhängig gemacht wurde, indem dem Fahrpersonal die Stufe des besten Handwerkers zuerkannt wurde mit einem Zuschlag von 1,40 M., im ganzen also 95 M. auf die Stunde, während in Wirklichkeit diesen Straßenbahnern die Stufe des gelernten Arbeiters zukam, damals also 81,40 M., jetzt 86 M. auf die Stunde.

Wegen dieser ungerechten Entscheidung des Schlichtungsausschusses stellte der „Okręgowy Związek Pracodawców" zusammen mit der Straßenbahn gegen den Zentral-Schlichtungsausschuß einen Antrag, den wir zur Aufklärung der Angelegenheit wiedergeben:

Es sei folgendes festgestellt:

a) Die Selbständigmachung des Tarifs der Arbeiter beim Straßenbahnbetrieb (d. i. der Wagenführer und Schaffner) vom Tarif des Metallgewerbes ist unzulässig und zwar nicht nur aus technischen Gründen, sondern auch wegen der Aufrechterhaltung der Einigkeit zwischen den Arbeitern des Unternehmens besonders, wenn man bedenkt, daß ein Unternehmen wie die Straßenbahn, das sich ausschließlich auf Werkstätten stützt, die unweigerlich zur Gruppe der Metallindustrie zu zählen sind, das Fahrpersonal in Bezug auf den Dienstcharakter, der im Grunde derselbe ist wie der des Arbeiters, nicht bevorzugen und deshalb die Zahlung nach veränderter Grundlage festsetzen kann.

An sich ruft man durch die Unabhängigkeitserklärung einer gewissen Arbeiterkategorie im Unternehmen, die man ständig der Kategorie des gelernten Arbeiters der Metallarbeitergruppe zugezählt hat, die nicht zu dieser Gruppe gehört, Unzufriedenheit und inneren Streit bei den Arbeitern des Unternehmers hervor.

Wir berufen uns in dieser Frage auf die Erklärung des Schlichtungsausschusses vom 23. Mai d. Js., der klar die Zugehörigkeit der Straßenbahner zum Tarif der Metallbranche bezeichnet und auf die Meinung der Lohnkommission vom 29. 12. 1920 zu der Bezeichnung des Dienstgrades des Schaffners.

Hiermit war dem Streit der Zugehörigkeit seit langem vorgegriffen, und der lokale Schiedsausschuß mußte am 22. Juli sich ebenfalls von der fertigen Tatsache leiten lassen.

b) Ob die gleiche Bezahlung für Schaffner und Kondukteure berechtigt ist, erklärt klar der Ausspruch des Lohnausschusses vom 29. 12. 1920, der lautet: „Der Lohnausschuß behandelt die Schaffner nicht als angelernte Arbeiter mit Hinsicht auf ihre Funktion, er hält es für angebracht, daß sie eine höhere Entlohnung als die gewöhnlichen Arbeiter bekommen müßten, jedoch eine geringere als die Führer"; dieser Unterschied müßte weiter beibehalten werden; der Unterschied zwischen dem Lohn des Führers und dem des Schaffners betrug 5 M. für den Tag.

Die Festsetzung eines Satzes von 95 M. für die Stunde für Führer und Schaffner ist durch nichts begründet. Das Budget vom 14. 7. d. J. sieht für den Handwerker der höchsten Kategorie 93,60 Mark für die Stunde vor, und auf dieser Grundlage steht die Erklärung des Schiedsausschusses über die Festsetzung des Metallarbeitertarifs vom 19. 7. 1920 auf 93,60 M. für Handwerker nach vierjähriger Praxis.

Unverständlich ist daher der von dem Schiedsausschuß eingenommene Standpunkt, welcher für Kondukteure und Fahrer den Satz des besten Handwerkers, plus 1,40 M. Zuschlag anerkennt, da im eigentlichen Sinne den Schaffnern nur der Satz eines angelernten Arbeiters zusteht, das ist in diesem Falle 81,40 M. für die Stunde. (Der Zentral-Schiedsausschuß erhöhte den Lohnsatz der Metallarbeiter auf 86 M.).

Besondere Aufmerksamkeit wird darauf gelenkt, daß man zu Kondukteuren und Schaffnern gewöhnliche Arbeiter nimmt, die nach einem Anlernen von 14 Tagen, einem sogenannten Kursus ihre Tätigkeit als Schaffner oder Kondukteure übernehmen.

Der Zentral-Schiedsausschuß erlaubt sich den Bezirks-Arbeitgeberverband und die Direktion der Elektrischen Bahn zu bitten, eine schnelle und gründliche Revision der Erklärung vom 28. Juli d. Js. vorzulegen.

Ohne die letzte Entscheidung des zentralen Schiedsausschusses abzuwarten, kamen die Vertreter des „Związek Zawodowy Tramwajarzy" mit dem Warschauer Delegierten dieses Verbandes in die Direktion der Straßenbahn, um zu verhandeln. Diesem Vorschlag gegenüber erklärte die Direktion, daß sie mit Rücksicht auf die behördlichen Verordnungen zu Verhandlungen bereit sei, **aber mit dem Arbeiterausschuß**, der übrigens die Möglichkeit hat, Vertreter einzelner Beruf-Organisationen zur Teilnahme an den Verhandlungen aufzufordern. — Zur Aufklärung fügen wir hinzu, daß die Straßenbahnarbeiter nicht nur im Warschauer „Związek Zawodowy Tramwajarzy" organisiert sind, sondern gleichzeitig auch in der polnischen Berufsvereinigung; deshalb könnte schon aus diesem Grunde die Direktion nicht ausschließlich mit einem Verbande verhandeln. — Mit dieser Erklärung war der Vertreter des „Związek Tramwajarzy" nicht einverstanden, und sagte, daß die Direktion die Konsequenzen tragen müsse. Es wurde aber kein endgültiger Termin für die Erledigung der Angelegenheit festgesetzt und die Arbeiter legten ganz unverhofft für die Direktion am 1. August d. Js. um 6 Uhr nachmittags die Arbeit nieder. Angesichts der Tatsache, daß man der Direktion kein Ultimatum gestellt und die rechtlichen Instanzen zur Schlichtung des Streitfalles nicht benutzt hat, sehen wir den Streik als „wilden Streik" an, der bei längerer Dauer für die betreffenden Arbeiter von Rechts wegen mit sehr üblen Folgen verknüpft sein wird.

Die Sicherung des Brotgetreides. Auf Veranlassung der Zjednoczenie Producentów Rolnych (Vereinigung der landwirtschaftlichen Produzenten) wurde eine ständige Aktion zur Sicherung des Brotgetreides für Posen organisiert. Die Wojewodschaft lud alle Starosten zu einer gemeinsamen Versammlung mit den Repräsentanten der Zjednoczenie Producentów Rolnych, den Getreidefirmen und den Dampfmühlenbesitzern ein. In der Versammlung wurde beschlossen, daß die Landproduzenten ihr Getreide nur **den** Firmen verkaufen werden, die sich in erster Linie zu Lieferungen des notwendigen Getreides oder Mehls an die Stadt verpflichten. Auf diese Weise haben alle Stadt- und Landgemeinden das für ihre Bewohner, die selbst kein Mehl produzieren, notwendige Mehl gesichert. Vollkommen unabhängig von dieser Aktion empfahl die Direktion der Zjednoczenie Producentów Rolnych ihren Mitgliedern dringend, für charitative Zwecke den Starosten kleine Mengen Getreide umsonst zur Verfügung zu stellen. Dieses Getreide soll vor allem zur Ernährung der Kriegsinvaliden, der Witwen und Waisen und anderer Armen dienen.

X **Die Krankenkassenneuwahlen zu der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Posen** finden am 18. und 25. September. und zwar am 18. für die Arbeitnehmer und am 25. September für die Arbeitgeber statt. Die Wahlen sind wieder Verhältniswahlen. Die einzelnen Parteien und Verbände sind zurzeit mit der Aufstellung der Wahllisten beschäftigt. Bei den jetzt so wichtigen Wahlen wird es voraussichtlich zu einem heftigen Wahlkampfe kommen.

Ruhegehalt für Mittelschullehrer. Der Magistrat der Stadt **Posen** hat beschlossen (Ia 913/2), den Pensionären von Mittelschulen das Ruhegehalt nach der deutschen Besoldungsordnung für Volksschullehrer vom 7. Mai 1920 zu zahlen.

X **Das Amt zur Bekämpfung des Wuchers** beschlagnahmte vor ein paar Tagen 25 000 Eier, die über 10 Tage in der Warenexpedition lagerten, trotzdem die Warenlisten schon ausverkauft waren, ist die Sendung nicht abgeholt worden. Höchstwahrscheinlich spekulierte man mit einer Preiserhöhung. Die Eier wurden beschlagnahmt und dem Konsum der Polnischen Beamten- und der „Zgoda" verkauft. — Das genannte Amt richtet jetzt seine größte Aufmerksamkeit auf den Schleichhandel mit Zucker. In der letzten Woche gelang es, zwei Berufsschleichhändler, die Zucker in größeren Mengen zu 220 Mk. das Pfund anboten, zu fassen. Diese Schleichhändler befinden sich in sicherm Gewahrsam; weitere Untersuchungen sind im Gange.

Ein Millionenschaden ist dem Staate durch die plötzliche Auflösung der Bezirksausfuhrämter entstanden. Am 15. Juli, an dem Tage der Einführung des Freihandels, kam aus Warschau ein Telegramm an das Bromberger Ausfuhramt, daß dieses liquidiert werde, bzw. daß dessen Tätigkeit von den Zollämtern übernommen sei. Die Zollämter an den Grenzen hatten aber noch keine Ahnung davon welche Waren ausfuhrfrei seien oder nicht. Durch diese „Unkenntnis" haben besonders die Danziger polnischen Holzexporteure einen großen Gewinn erzielt.

Die botanisch-zoologische Arbeitsgemeinschaft unternimmt am 7. d. Mts. einen Ausflug nach den Wäldern bei **Wirp, Seeberg** und **Puschkau**. Abfahrt nach **Marienberg** Strecke Stenschewo, um 8[20] Uhr vormittags. Rückfahrt von **Puschkau** 8[45] abends. Treffpunkt Hauptbahnhof.

X **Diebstähle.** In der vergangenen Nacht haben Diebe dem Gutsbesitzer Hoffmeyer in **Zlotnik** bei Posen einen Besuch abgestattet und mehrere Anzüge, Herrenpaletots und Anzugsstoffe mitgenommen. Der Wert der Waren ist mit 120 000 Mk. angegeben.

X **Festgenommen** wurden in der vergangenen Nacht 2 Schleichhändler, 6 Diebe, 2 Strolche und 7 „junge Damen".

* **Culmsee, 2. August.** Montag mittag gegen ½12 Uhr brach auf dem Gutshof **Kunzendorf** bei Culmsee ein **gewaltiges Schadenfeuer** aus. Der Brand entstand in dem großen Kuhstall, in dem reichlich Futtermittel und Stroh lagerten, und dehnte sich bei enormer Rauchentwicklung rapide aus. Das Vieh befand sich glücklicherweise auf der Weide. Zur Bekämpfung waren fünf Spritzen zur Stelle, denen es unter großer Mühe gelang, die bedrohten anliegenden Wirtschaftsgebäude zu retten. Der große Stall brannte vollständig aus; die darin befindliche elektrische Anlage sowie verschiedene Maschinen wurden mit vernichtet. Die Ursache wird auf Kurzschluß zurückgeführt. Dem Besitzer erwächst eine riesige Schädigung, trotzdem das Gebäude versichert war.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Amtliche Notierungen der Getreidebörse (Giełdy Zbożowej) in Posen vom 5. August 1921.

(Die Preise verstehen sich für 50 Kg. bei sofortiger Lieferung.)

Seradella	—,—*)	Wollgras	—,—*)
Futterlupinen	—,—*)	Tymotee	—,—*)
Saatlupinen	—,—*)	Raigras	—,—*)
Weizen	3500—3600—3800	Inkarnatklee	—,—*)
Roggen	2700—2900—3100	getr. Futterrüben	—,—*)
Wintergerste	2200—2300—2500	Zuckerrüben getr.	—,—*)
Saubohnen	—,—*)	Runkeln	—,—*)
Gartenbohnen	—,—*)	Zuckerschnitzel gewöhnl.	—,—*)
Senf	—,—*)	„ 30—35%	—,—*)
Hanf	—,—*)	„ Steffens	—,—*)
Buchweizen	—,—*)	Frühkartoffeln	850—900
Mohn	—,—*)	Stroh: Getreidestroh lose	—,—*)
Hirse	—,—*)	„ gepreßt	—,—*)
Kümmel	—,—*)	„ (Sommer-)	
Leinsamen	—,—*)	„ lose	—,—*)
Winterraps	4500—4600—4800	„ „ gepr.	—,—*)
Gelber Klee	—,—*)	Heu, lose	650—700
Roter Klee	—,—*)	„ gepreßt	800—850
Weißer Klee	—,—*)	Klee, lose	—,—*)
Roggenkleie	1800—2000	„ gepreßt	—,—*)

*) Ohne Handel. Tendenz: ruhig.

Posener Viehmarkt vom 5. August 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm:

I. Rinder: A. **Ochsen** I. Sorte 4400—4800 M., II. Sorte 3300—3500 M., III. Sorte 2500—3000 M. B. **Bullen** I. Sorte 4400—4800 M., II. Sorte 3300—3500 M., III. Sorte 2500—3000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 4400—4800 M., II. Sorte 3300—3500 M. III. Sorte 2500—3000 M. für Lebendgewicht. D. **Kälber:** I. Sorte 6800—7000 M., II. Sorte 5500—6500 M. für Lebendgewicht.

II. Schweine: I. Sorte 13 000—14 000 M., II. Sorte 12 000 bis 11 500 M., III. Sorte 11 000—11 500 M. für Lebendgewicht.

Der Auftrieb betrug: 32 Rinder 60 Kälber, 8 Schafe — Ziegen 274 Schweine, 580 Ferkel. Rinder II. und III. Sorte nicht ausverkauft. **Ferkel 3500—4000 M. das Paar. — Tendenz: sehr lebhaft.**

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	5. August.	4. August
4% Posener Pfandbriefe (alte)	—,—	—,—
3% „ „ Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% „ „ ohne Buchst	—,—	—,—
3½% „ „ Buchst. C	—,—	—,—
4% „ „ Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% „ „ (neue)	—,—	—,—
4% „ (neue) mit poln. Stempel	—,—	—,—
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hypot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em. (ungest.)	240 + A	240 + A
Bank Związku VIII em. (ungest.)	240 + A	240 + A
Bank Związku IX em. (ungest.)	240 + A	—,—
Bank Handlowy, Poznań I—VII	340 + A	340 + A
„ „ „ VIII	340 + A	340 + A
Bank Handlowy, Warszawa	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	—,—	—,—
Bank Ziemian	—,—	—,—
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em.	200 + N	—,—
R. Barcikowski V em.	—,—	—,—
Centrala Skór	—,—	—,—
Lubań	—,—	—,—
Dr. Roman May	540 +	540 + N
Patria	360 +	360 + A
Pozn. Spółka Drzewna (exkl. Kup.	—,—	1590 +
C. Hartwig I—III em.	395 + A	—,—
C. Hartwig IV em.	—,—	380 + A
Cegielski I—VI em.	230 + A	235 + A
Cegielski VII em.	230 + A	235 + A
Hurtownia Związkowa	160 + N	—,—
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	—,—	—,—
Bank Przemysłowców	235 + N	230 + N
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Ceres, Leszno	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr)	190 +	—,—
Iri	—,—	170 +
Wytwornia Chemiczna	—,—	250 + A
Wyroby Ceramiczne	165 + A	175 + A
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	590 +
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	—,—	170 + N
Wytwornia Maszyn Młyńskich	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	330—325 + A	340—335 + A
Bentzki	—,—	—,—
Orient	200 + A	190 + N
Sarmatia	410 + A	420 + A
Bławat	300 + N	—,—
Dom Konfekcyjny	—,—	—,—
Tkanina	—,—	—,—
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia Bydgoszcz	240 + A	250—245 + A
Trie	—,—	—,—
Hurt. Spółek Spożywców	—,—	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla	—,—	—,—
Kabel	—,—	—,—
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Zjednocz. Cegieln. Aug. Grab.	—,—	—,—
Pneumatik	—,—	160 + A

Berliner Börsenbericht

vom 4. August.

Diskonto-Komm.-Anteile	264.75	3½% Pos. Pfandbriefe	—
Orenstein u. Koppel	652.—	Auszahlung Warschau	4.1
Hartmann Maschinen	438.75	Polnische Noten	4.2
Phönix	920.—	Kriegsnoten	—.—
Caro	285.25	Dollar	82.375
Otavi	500.—	Englische Pfund	294.—
Scheidemandel	710.—	Gulden	2515.—
3½% Poln. Pfandbriefe	—.—	Schweizer Franken	1356.—
4% Pos. Pfandbriefe	—.—		

Kunst und Wissenschaft.

— **Caruso †.** Enrico Caruso, der weltberühmte Tenor, ist am Dienstag dieser Woche in seiner Heimatstadt Neapel im Alter von 47 Jahren gestorben. Mit ihm ist ein Sänger dahingegangen, der dank seinen phänomenalen Stimmitteln fast ein Menschenalter lang seine Zeitgenossen in Atem gehalten hat. Die Schönheit, der Umfang und die Macht seiner Stimme sind sprichwörtlich geworden. Glanz, Wohllaut und Bildsamkeit seines Tenors waren die Faktoren, durch die er auf alle Hörer einen unfehlbaren, nahezu dämonischen Zauber ausübte. In dieser Beziehung spielt der große Italiener in seiner Zeit eine ähnliche Rolle wie seine großen Volksgenossen Farinelli, Bernacchi u. a. vor zweihundert Jahren. Freilich hat er als Gesangspädagoge nicht in gleichem Maße Schule gemacht wie jene. Das mag in der Hauptsache an der ganzen kunstpsychologischen Einstellung unseres Zeitalters liegen, das dem Stile des bel canto, dem Caruso in hohem Grade zuneigt, innerlich ferner steht als die Generation nach 1700. — Schriftstellerisch ist der Verstorbene nur mit einer kleinen Gesangslehre hervorgetreten. Er wurde am 25. Februar 1873 in Neapel geboren, sein Lehrer wurde Guglielmo Vergine. Er debütierte 1899 in Mailand als Loris bei der Uraufführung von Giordanos „Fedora". Im Anfang dieses Jahrhunderts erregte er in London Aufsehen, um sich dann nach Amerika zu wenden, wo er seinen Weltruf begründete. Aber nicht allein drüben in der neuen Welt, sondern namentlich in Italien und Deutschland war er hoch gefeiert. Am liebsten und erfolgreichsten trat er in Puccinis Opern auf. Weniger bekannt dürfte sein, daß Caruso auch ein beachtenswertes zeichnerisches Talent hatte und namentlich auf dem Gebiete der Karikatur Außergewöhnliches leistete.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 5. August.

Katholikenversammlung.

Unter dem Protektorat Sr. Eminenz des Kardinal-Primas Dalbor findet am 13. 14. und 15. August dieses Jahres in Bromberg im großen Saale des Schützenhauses eine Katholikenversammlung statt. Am Samstag d. 13. August wird die Versammlung durch den Präses der Katholischen Liga Professor Dr. Gantkowski eröffnet werden, woran sich die Wahl des Marschalls und des Präsidiums anschließt. Darauf folgt eine Ansprache des Kardinals, Begrüßung der Versammlung durch den Stadtpräsidenten usw. Am Sonntag vormittag 9 Uhr feierlicher Gottesdienst auf dem Jesuitenplatz (bei schlechtem Wetter in der Pfarrkirche). Im Anschluß daran Aussprachen der Verbände. Nachmittag 6 Uhr im Bromberger Stadttheater eine Dankfeier, darauf gesellschaftlicher Abend. — Montag (Mariähimmelfahrt), 9 Uhr vorm., Pontifikalamt auf dem Jesuitenplatz 10½ Uhr im großen Saale des Schützenhauses Vollversammlung, nachmittag 5 Uhr Dankgottesdienst in der Herz-Jesu-Kirche mit theophorischer Prozession und einer Predigt des Posener Kardinals auf dem Piastenplatz. — Dienstag, vormittag 9 Uhr Zusammenkunft des Priestervereins „Unitas" im Hotel zum Adler.

Von den Gerichtsbeamten. Die Posener Gerichtsbeamten haben ein Wirtschaftskomitee geschaffen und gestern nachmittag in einer gut besuchten Versammlung im Landgericht die Aufgaben des Komitees festgesetzt.

* **Sein 50jähriges Buchdrucker-Jubiläum** begeht am 6. August der langjährige Mitarbeiter der Posener Buchdruckerei T. A. Schriftsetzer Anton Ganzke. Er trat im Jahre 1878 in die damalige Louis Merzbach'sche Buchdruckerei, die später in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Der Jubilar, der noch in voller Rüstigkeit seinen Beruf ausübt, erfreut sich der allgemeinen Achtung seiner Kollegenschaft.

* **Bromberg,** 4. August. Die städtischen Körperschaften haben beschlossen, für das Rechnungsjahr 1920 1000 Prozent Kommunalsteuern zu erheben. Die Bürger müssen demnach den neubeschlossenen Zuschlag von 500 Prozent nachzahlen.

* **Kolmar,** 1. August. Eine Fremdensteuer erhebt seit einigen Tagen die hiesige Stadtverwaltung unter Hinweis auf das Kommunalabgabengesetz vom 13. Juli 1893. Die Steuer beträgt für Inländer 50 Prozent, Ausländer 100 Prozent, für Beamte 30 Prozent der Miete bzw. ⅕ des Zimmermietspreises, falls die Miete im Pensionspreis enthalten ist.

Neues vom Tage.

§ **Waldbrände in Oberschlesien.** In der Umgegend von Kattowitz wüten umfangreiche Waldbrände, deren man bis jetzt nicht Herr werden konnte. Aus Mikulczyce wird gemeldet, daß dort 40 Morgen Wald niedergebrannt sind.

§ **Raubmord im D-Zug Berlin—Königsberg.** Als in Wormditt in Ostpreußen Reisende ein Abteil zweiter Klasse des D-Zuges Berlin—Königsberg besteigen wollten, fanden sie dort auf dem Polster die Leiche einer ermordeten jungen Dame liegen. Wie die Nachforschungen der Königsberger Kriminalpolizei ergaben, muß das Verbrechen bald hinter Königsberg, wo der Zug kurz nach 5 Uhr abends abfuhr, verübt worden sein. Die Persönlichkeit der Ermordeten, die sehr gut gekleidet war und den besseren Kreisen angehören muß, ließ sich noch nicht feststellen, da der Täter Geld und Schmucksachen, wie auch sämtliche Legitimationspapiere geraubt hat. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

§ **Fürstin Windisch-Graetz wegen Beleidigung verurteilt.** Die Enkelin des Kaisers Franz Josef, die ehemalige Fürstin Elisabeth Windisch-Graetz, wurde von dem Gericht in Baden wegen Ehrenbeleidigung zu einer Geldstrafe von 30 000 Kronen bzw. zehn Tagen Arrest verurteilt. Als im Auftrage ihres Gemahls, mit dem sie sich in Scheidung befindet, dessen Rechtsanwalt Dr. Klein bei der versuchten Abnahme der Kinder im Schlosse Schönau erschien, gebrauchte die Prinzessin Windisch-Graetz ein Schimpfwort. Da sie sich weigerte, eine Ehrenerklärung abzugeben, so wurde sie deshalb verurteilt.

§ **Großfeuer in Grodno.** Aus Grodno wird gemeldet: In dem von Juden bewohnten Stadtviertel brach ein Großfeuer aus. Über fünfzig Wohnhäuser sowie verschiedene andere Bauwerke wurden eingeäschert. Während des Feuers ereigneten sich starke Explosionen, die durch ein von Kommunisten angelegtes Waffen- und Munitionslager entstanden. Der Brand und die Explosionen forderten eine ganze Reihe Menschenopfer, deren Zahl noch unbekannt ist.

§ **Fliegerlandung auf dem Montblanc.** Der Flieger Durafeur, der Sonnabend morgen um 6 Uhr von Lausanne aufstieg, ist in einer Höhe von 4810 Meter auf dem Mont Blanc glücklich gelandet. Kurz vor 10 Uhr begann er den Abstieg.

Verantwortlicher Hauptschriftleiter: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań

Verteilung von Nudeln.

Auf den Abschnitt 26 der Lebensmittelkarte können je 125 Gramm Nudeln pro Person für 6 Mk. (1 Pfund = 24 Mark) empfangen werden.

Die Konsumenten wollen die Abschnitte bei ihren Händlern bis Sonnabend, den 6. August einschließlich abgeben.

Die Kleinhändler haben die gesammelten Abschnitte wie folgt:
die Kleinhändler aus der Altstadt am Montag, dem 6. August,
die Kleinhändler aus Jeżyce und Solacz am Mittwoch, dem 10. August,
die Kleinhändler aus Wilda am Freitag, dem 12. August,
die Kleinhändler aus Łazarz am Sonnabend, dem 13. August
bei der Firma Woyniewicz, Nowy Rynek, und die Mitglieder der Spółka Handlowa bei dieser Firma, ul. Piaskowa, abzuliefern, worauf sie sodann die ihnen zuständige Nudelmenge für Barzahlung zur Verteilung an ihre Kundschaft empfangen werden.

Sollte die Ablieferung der Abschnitte nicht innerhalb des festgesetzten Termins erfolgt sein, so werden sowohl die Konsumenten als auch die Händler ihrer sämtlichen Ansprüche hierauf verlustig.

Die Firmen Woyniewicz und Spółka Handlowa haben mit dem Obwodowy Urząd Żywnościowy, plac Sapieżyński, abzurechnen.

Poznań, den 1. August 1921.

Magistrat der Stadt Poznań.
(—) Drwęski.

Kirchennachrichten.

Kreuzkirche. Sonntag, 10: Gd. Greulich. — 11¼: Kindergd. Derselbe.

St. Petrikirche. (Evangel. Unitätsgemeinde.) Sonnabend, 6: Wochenschlußgd. Haenisch. — Sonntag, 10: Gd. Vorber. und Feier des h. A. Schneider. — 11½: Kindergd. Schneider. — Mittwoch, 6: Bibelbesprechung. Schneider. — Amtswoche: Schneider.

St. Paulikirche. Sonntag, 10: Gd. Stuhlmann. — 11¼: B. u. A. Ders. — Mittwoch, 8: Bibelstunde. Stuhlmann. — Amtswoche: Stuhlmann.

Ev.-luth. Kirche, Ulica Ogrodowa 6 (früher Gartenstraße). Sonntag, 10½: Predigt.

St. Lukas-Kirche. Sonntag, 10: Pred. Pfeifer. — B. u. A. Ders. — 12: Kgd. Pfeifer. — Mittwoch, 6: Bibelstd. Pfeifer.

Christus-Kirche. Sonntag 10: Gd. Rohde. — 11: B. u. hl. Abm. Rhode. 11¼: Kindergd. Rhode. — Mittwoch, 8: Jungfrauenverein im Gemeindehaus. — Freitag, 8: Bibelstd. im Gemeindehaus. Rhode.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag, 9: Beichte u. hl. Abm. Brummack. — 10: Gd. Ders. 11½: Kindergd. Ders. — Freitag, 6: Bibelstunde Brummack.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonnabend, 8: Wochenschlußgd. Blau. — Sonntag, 10: Gottesdst. Blau.

Ev. Vereinshaus. Donnerstag, 6: Allg. Bibelstunde. Pfeifer.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 6: siehe Anschlag. 8½: Abendand. — Montag 7—9: Turnen. — 8: Blasen I. Abteilung. — Mittwoch, 8: Blasen, II. Abt. — Donnerstag, II. u. I. Abt. — Sonnabend, 7½: Wochenschlußandacht. — 8: Leseabend.

Christl. Verband junger Mädchen. Sonntag, 4: Vers. im Diakonissenhause.

Saffenheim. Sonntag, 4: Gd. Brummack.

Gemeinde gläubig getaufter Christen (Baptisten), ul. Przemysłowa (fr. Margaretenstr.) 12. Sonntag, 10: Pred. Harnisch. 4: Pred. Harnisch. 5½: Jugendverein. 7½: Poln. Gottesd. — Mittwoch, 7: Gebetsstd.